

Der Krieg in Jugoslawien, die neue Nato und die Schweiz

Seit 1989 der Kalte Krieg mit dem Fall der Berliner Mauer endete, ist die Schweiz auf der Suche nach einem neuen aussen- und verteidigungspolitischen Profil. Unter dem Schirm der UNO und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) hat sich unser Land wiederholt mit unbewaffneten Friedenstruppen im Ausland engagiert. Heute will das Departement Ogi diese Ausseneinsätze aufrüsten. Manche Politiker möchten die Neutralität sogar ganz über Bord werfen, um der Nato beizutreten. Was bedeutet der Jugoslawien-Krieg für die Politik der Schweiz?

Out of area - out of control?

Mit dem militärischen Eingreifen im Kosovo-Konflikt hat die Nato quasi über Nacht einen entscheidenden Wechsel ihrer Doktrin vollzogen. In Abkehr der bisher rein defensiven Ausrichtung will sie - Zitat - "offensiv Krisenprävention und Krisenmanagement" betreiben, auch "out of area", und wenn nötig ohne Mandat der UNO. Lanciert wird gleichzeitig ein "gigantisches, teures Rüstungsprogramm", um "rasch verfügbare, schnell verlegbare und modern ausgerüstete Reaktionskräfte" aufzustellen ("Der Spiegel" 17/1999). Am Washingtoner Nato-Gipfel wurde vereinbart, "dass die europäischen Alliierten teures Militärmateriale von den USA ausleihen können, einschliesslich Spionagesatelliten, Lastflugzeuge und vielleicht sogar Präzisionslenkwaffen, um sie eigenständig in Konflikten einzusetzen, in die die USA nicht involviert sein wollen" (International Herald Tribune, 30. April, Übersetzung R.R.).

Die alte Nato ist tot

An der Leine der USA sollen nun also die Europäer aufrüsten und offensiv operieren. Vor dem Hintergrund dieser Beschlüsse ist die Intervention in Kosovo also nicht etwa ein Ausrutscher, sondern das neue Modell transatlantischer Machtpolitik. Die staunende Weltöffentlichkeit muss zur Kenntnis nehmen, dass sich die Nato-Länder ab sofort das Recht nehmen, Völkerrecht und UNO-Charta zu missachten - und sei es mit der Begründung, ebensolches Völkerrecht zu schützen.

Bisher bedurfte jede Kriegführung zum Schutze des Völkerrechts eines Mandats des UNO-Sicherheitsrates. Er allein kann Angriffe auf einen souveränen Staat legitimieren. Heisst das neue Modell nun, dass Angriffe europäischer Armeen bald schon zur alltäglichen "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" gehören, so wie die USA in ihrem lateinamerikanischen "Hinterhof" seit Jahrzehnten militärische Gewalt als Mittel zum Zweck einsetzt? Das würde wohl heissen, dass die alte, defensive Nato auf den Kopf gestellt wird.

Ob die neue Doktrin aber zu mehr Stabilität und Sicherheit beiträgt, muss aus mehreren Gründen sehr bezweifelt werden:

- Sämtliche Nicht-Nato-Länder, insbesondere Russland, China und viele Länder der 3. Welt, werden sich von einer offensiven Nato mit unbegrenztem Aktionsradius bedroht fühlen.
- Die Offensivdoktrin wird Gegenbewegungen auslösen: Russland, China, Zentralasien und die arabischen Länder werden eigene Allianzen suchen.
- Russland fühlt sich durch die Nato-Osterweiterung heute bereits umschnürt und nach allen historischen Erfahrungen (1914-17 und 1941-45) gedemütigt. Im

Kosovo-Konflikt hat der Westen viel zu spät gemerkt, wie wichtig es ist, die russischen Partner in eine Friedenslösung einzubinden. Die Bombardierungen im Bruderland Serbien (gleiche Schrift, Religion, slawische Sprache usw.) leisten der anti-westlichen Radikalisierung in Russland Vorschub und könnten bei den nächsten Wahlen definitiv einen extremistischen Scharfmachern an die Macht bringen - ganz besonders wenn die IWF-Hilfsgelder eines Tages versiegen.

- Scharfe Konflikte wird die neue Doktrin auch innerhalb der Nato provozieren. Völker mit pazifistischer Tradition wie Holland oder Dänemark werden den selbsternannten Freipass für Angriffskriege kaum schlucken, auch wenn er mit guten Absichten unterlegt sein mag. Washington wird von Waffennarren regiert und pflegt eine gewaltverliebte Kultur. Diese Kultur wird sich an der europäischen Mentalität reiben, hat doch Europa andere historische Erfahrungen als die USA, die noch nie einen Angriffskrieg auf eigenem Boden durchlitten.

Förderung der Menschenrechte?

Zu hoffen bleibt heute, dass die Offensiv-Doktrin der Nato in den europäischen Ländern keine Mehrheit findet und durch ein viel breiter abgestütztes System internationaler Friedenssicherung abgelöst wird (Uno oder OSZE). Einseitige militärische Gewaltausübung scheint kaum geeignet, Sicherheit und Menschenrechte zu fördern:

- Gewalt erzeugt bekanntlich Gegengewalt. Wer politische Probleme mit Gewalt lösen will, sollte sich bewusst sein, dass er sich auf einen unberechenbaren Pfad begibt, dessen Ende er nicht kennt.
- Auch kleine Gruppierungen haben effiziente Möglichkeiten, Racheaktionen gegen mächtigere Staaten durchzuführen. Dazu braucht es keine Raketen. Wenn aus einem Sportflugzeug Bomben auf ein Atomkraftwerk abgeworfen werden - was dann?
- Militärallianzen sind parteiisch. Wäre die Nato konsequent, müsste sie längst gegen die Türkei, Kroatien und viele andere "Freunde" vorgehen.
- Eine Militärmacht kann internationales Recht nicht für sich usurpieren. Wenn die Welt friedlicher werden soll, dann braucht es internationale Institutionen, die von allen Seiten respektiert werden.

Sicher: UNO und OSZE haben ihre Schwächen; die einseitige Zusammensetzung und die Vormachtstellung des Sicherheitsrates müsste dringend korrigiert werden. Nicht die faktische Abschaffung der UNO durch die Nato kann aber das Ziel sein, sondern deren Stärkung. Nichts fürchten die USA mehr als internationales Recht, das die amerikanische Vormacht hin und wieder in Schranken weisen könnte. Bekanntlich verweigern die USA der UNO die Mitgliederbeiträge, sie sträuben sich gegen Verhandlungen über nukleare Abrüstung, sie sind nicht bereit, die Anti-Minen-Konvention zu unterzeichnen und sie widersetzen sich der Schaffung eines universellen internationalen Gerichtshofs. Wie kann eine solche Supermacht glaubwürdig für die Menschenrechte eintreten?

Die Alternative zur UNO ist die Anarchie der Staatenwelt, in der das Recht des Stärkeren herrscht. Es ist das Verdienst der USA, dass es zur Gründung der UNO kam. Wenn die Politik nun darauf abzielt, die UNO durch eine von den USA dominierte NATO zu ersetzen, wird dies nicht zur Förderung der Menschenrechte beitragen. Wo Kläger und Richter eins sind, besteht keine Legitimität und die Nicht-Nato-Mitglieder werden sich umso mehr gegen Einmischung von aussen zur Wehr setzen - zum Schaden der Menschenrechte!

Gewaltmonopol für reformierte UNO!

Eine UNO-Reform hat dem Werden des Völkerrechts Rechnung zu tragen, wonach

die Menschenrechte keine inneren Angelegenheiten der Staaten sind. Einmischungen zugunsten der Menschenrechte sind notwendig und finden ständig statt. Der Schutz der Menschenrechte muss jedoch dem Gewaltmonopol der UNO unterstellt bleiben, denn Krieg ist die grösste Menschenrechtsverletzung an sich und darf nicht einseitig vom Zaun gebrochen werden. Ausserdem zeigt das Beispiel Kosovo deutlich, dass durch die Kriegsführung das Los derjenigen, die man schützen möchte, besonders dann verschlechtert, wenn die Operationen schlecht vorbereitet und international (etwa gegenüber Russland) nicht abgesichert sind.

Im Kosovo seien die gute Absichten der Nato-Partner nicht bestritten. Nur hat der Krieg leider nichts von all dem erreicht, was er anstrebte - im Gegenteil. Durch die wahrscheinlich Zehntausenden von Toten auf beiden Seiten und die brutale Vertreibung der Kosovaren wurde die Feindschaft zwischen den Völkern vertieft.

Weshalb wurden gegen Serbien keine nichtmilitärischen Druckmittel eingesetzt? Die Rezepte sind bekannt:

- Ein Oelembargo (die Nato-Kandidaten Bulgarien und Rumänien hätten wahrscheinlich mitgemacht)
- Die Sperrung serbischer Konten im Ausland
- Ein Handels- oder eine Verkehrsblockade

Solchen Mitteln musste sich selbst der überhebliche Khatafi fügen und hat die Lockerbee-Attentäter an einen europäischen Gerichtshof ausgeliefert. Auch in Serbien hätten diese Massnahmen Wirkung gezeigt, wenn man rechtzeitig - etwa nach den serbischen Massakern in Srebrenica - damit begonnen hätte und wenn man auch andere Länder - namentlich die Kroaten - zum Schutz der Minderheiten angehalten hätte. Wäre dann beim nichtmilitärischen Druck zum Schutz der Kosovaren alles schiefgegangen, wäre ein Eingreifen mit militärischen Mitteln mit wesentlich mehr Glaubwürdigkeit offengestanden.

Die Folgerungen für die Schweiz

Im Wechselbad vom kalten zum heissen Krieg, sei für die Schweiz folgendes empfohlen:

- Besinnen wir uns auf unsere neutrale und humanitäre Tradition. Helfen wir der Zivilbevölkerung und den Flüchtlingen vor Ort, aber auch bei uns.
- Schweizer Einsätze im Ausland setzen ein völkerrechtliches Mandat voraus. Die Nato ist nicht überparteilich, OSZE, UNO und IKRK sind es.
- Trennen wir Humanitäres vom Militärischen. Humanitäre Kriege gibt es nicht. Beschränken wir den Einsatz von Soldaten auf unbewaffnete Hilfsdienste. Allenfalls sollen Handfeuerwaffen zum Selbstschutz erlaubt sein, nicht aber Offensivwaffen.
- Schicken wir keine bewaffnete Schweizer Soldaten ins Kriegsgebiet. Das IKRK macht das besser und besitzt mehr Glaubwürdigkeit.
- Beschränken wir unsere Kooperation mit der Nato ("Partnership for peace") strikte auf Aktionen, die eine völkerrechtliche Basis haben.
- Meiden wir alle Militärallianzen, die eine offensive Doktrin verfolgen. Das heisst: Kein Beitritt zur Nato, keine Finanzierung der Nato, Neutralitätsvorbehalt im Falle eines EU-Beitritts.
- Verwenden wir unsere knappen Geldmittel zur Stärkung der Menschenrechte. Die Schweizer Armee ist und bleibt zu gross. Ogi sucht verzweifelt nach neuen Aufgaben. Besser wäre es, die Armee zu halbieren und das damit gewonnene Geld für professionelle Hilfsaktionen und Sicherung des Völkerrechts einzusetzen.
- Bleiben wir bei unserer Neutralität. Neutralität beinhaltet nicht nur den Verzicht

auf Angriffskriege, sondern ist eine Verpflichtung zur nichtmilitärischen Konfliktlösung.

- Neutralität heisst nicht Nichtstun. Beteiligen wir uns aktiv an UNO-Sanktionen gegen Länder und Personen, die die Menschenrechte verletzen. Das beinhaltet auch, dass das Schweizer Bankgeheimnis angepasst wird, damit sich die Milosevics und Mobutus ihre Beutezüge nicht ungestraft weiterführen können.
- Verzichten wir auch auf Waffenverkäufe an notorische Menschenrechtsverletzer. Das türkische Militär hat gleichviel Vertreibungen auf dem Gewissen wie die Serben. Wieso sind Waffenverkäufe dorthin erlaubt?

Rudolf Rechsteiner, geb. 1958, Dr. rer. pol. Nationalrat (SP, BS)

[Publikation herunterladen](#) (8.3 KB, ZIP, Word 6.0)

| [Publikationen](#) |
| [Hauptseite](#) |